EP-FH-01-104

D – Was Freiheit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Raphael Weyland (KV Hamburg-Nord)

Änderungsantrag zu EP-FH-01

Von Zeile 103 bis 104 einfügen:
heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise eingefroren werden.

Außerdem fordern wir eine Reform des Systems der Vertragsverletzungsverfahren. Verfahren müssen entpolitisiert werden, die Kommission muss ihrer Rolle als Hüterin der Verträge gerecht werden, auch durch neue Strukturen und Stellen. Verfahrensdokumente sind als Grundregel transparent für alle zu veröffentlichen, das Einhalten von Recht und Gesetz darf kein politisches Verhandlungsspiel sein. Interne Fristvorgaben müssen bei der Bearbeitung eingehalten werden, ein Jahrzehnte verspätetes Durchsetzen von EU-Recht wie etwa bei der Nitratrichtlinie schädigt Schutzgüter und Menschen sowie das Vertrauen in die EU und erschwert wegen fehlender Planungssicherheit die Transformation.

Begründung

Wir haben bereits eine gute Grundlage an EU-Recht, z.B. im Umweltsektor. Mitgliedstaaten, auch Deutschland, hinken vielfach mehrere Jahrzehnte mit der Umsetzung hinterher. Dies gefährdet die Zielerreichung, führt zu Vertrauensverlusten und erschwert die Transformation für die von der Umstellung Betroffenen, da sich weiter festigende Probleme nur noch schwerer aufgebrochen werden können. Bei besserem rechtzeitigem Vollzug könnten wir uns auch viele neue Gesetzesinitiativen sparen, ohne Vollzug sind auch neue Gesetze zum Scheitern verurteilt. Mehr Informationen und weitere Forderungen auch in einer Kurzstudie des Europäischen Umweltbüros EEB: https://eeb.org/library/stepping-up-enforcement/

weitere Antragsteller*innen

Roland Panter (Hannover RV); Sebastian Lakner (KV Lübeck); Sibylle C. Centgraf (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Stephan Wiese (KV Lübeck); Elisabeth Petras (KV Hamburg-Nord); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); Philipp Schmagold (KV Plön); Andreas Müller (KV Essen); Konstantin Kreiser (KV Potsdam); Sylvia Pilarsky-Grosch (KV Esslingen); Imke Hennemann-Kreikenbohm (KV Schaumburg); Sven Selbert (KV Berlin-Lichtenberg); Steffen Laube (KV Berlin-Mitte); Markus Rösler (KV Ludwigsburg); Jens Bitzka (KV Bautzen); Nicolá Lutzmann (KV Heidelberg); Tobias Langguth (KV Hamburg-Altona); Svenja Künstler (KV Potsdam-Mittelmark); Heide Bergschmidt (KV Duisburg); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.